

Festhalten an der Kernkraft unumgänglich

Fehlende Akzeptanz von Gaskombi-Kraftwerken

Von Daniel Heller*

Unlängst ist in diesen Spalten die Meinung vertreten worden, dem in der Schweiz für das Jahr 2020 zu erwartenden Engpass in der Stromversorgung könne am ehesten mit sogenannten Gaskombi-Kraftwerken begegnet werden. Ausgehend von der fehlenden Akzeptanz in der Bevölkerung sowie von der Bestrebung des Bundes, den CO₂-Ausstoss zu reduzieren, vertritt der Autor des folgenden Artikels die Ansicht, es gelte, primär an der bewährten Stromerzeugung mittels Kernenergie festzuhalten. (Red.)

Ein Engpass in der Stromversorgung droht der Schweiz spätestens im Jahr 2020, wenn die Kernkraftwerke Mühleberg, Beznau I und Beznau II vom Netz gehen und die Lieferverträge mit Frankreich auslaufen werden. So weit sind sich die Experten einig. Auseinander gehen die Meinungen dagegen in der Frage, wie diesem Engpass am besten vorzubeugen ist. Unlängst haben an dieser Stelle (vgl. NZZ vom 2. 8. 05) zwei Energieexperten im Sinn einer Zwischenlösung für den Bau von sogenannten Gaskombi-Kraftwerken plädiert, weil diese verhältnismässig billig zu bauen und in kurzer Zeit zu realisieren seien. Der zusätzliche Schadstoff- und CO₂-Ausstoss solle mittels Ersatz der weit verbreiteten Ölheizungen durch Wärmepumpen kompensiert werden.

Gefährdung der Kyoto-Ziele

Zuzustimmen ist den Autoren in Bezug auf ihre Einschätzung der regenerativen Energien, die sie bereits als weitgehend ausgeschöpft erkennen bzw. die sie an ihre auf absehbare Zeit engen Grenzen stossen sehen. Selbst bei einem forcierten Ausbau dieser Energien (Wind-, Solar- und Bioenergie, Erdwärme und Wasserkraft) rechnen Experten bis 2035 maximal mit einem Anteil von 10% am gesamten Stromverbrauch.

Einwände müssen dagegen im Hinblick auf Zweckmässigkeit und vor allem auf die Realisierbarkeit von Gaskombi-Kraftwerken in der Schweiz gemacht werden. Zum einen betreffen sie die Frage, wie sinnvoll der Bau von Kraftwerken ist, die als CO₂-intensive Stromerzeuger den Zielen, zu denen sich die Schweiz mit dem Kyoto-Protokoll verpflichtet hat, diametral entgegenstehen. Das Protokoll sieht eine Reduktion von 8% im Vergleich mit dem CO₂-Ausstoss im Jahr 1990 vor. Nicht zuversichtlich stimmt auch die Entwicklung des Gaspreises, der rund zwei Drittel der Produktionskosten ausmacht. Bereits ist der Preis für eine Kilowattstunde von 5 Rp. auf 6 Rp. bis 6,5 Rp. gestiegen; für die Zukunft sind keine zuverlässigen Prognosen möglich.

Die frappanteste Fehleinschätzung der Autoren dürfte die Realisierungsdauer von neuen Kraftwerken betreffen. Die letzten Jahre haben gezeigt, dass in der Schweiz die Umsetzung von Grossprojekten aller Art durch Einsprachen in die Länge gezogen wird und – wenn überhaupt – nur gegen den erbitterten Widerstand breiter Bevölkerungsschichten durchzusetzen ist. Bei der Standortsuche und für die Baubewilligung sind deshalb langwierige Verhandlungen zu erwarten. Vor diesem Hintergrund scheint die anvisierte Realisierungszeit der Gaskombi-Kraftwerke von vier bis fünf Jahren geradezu utopisch, zumal solche Anlagen auf leistungsfähige Gaspipelines und Hochspannungsleitungen angewiesen sind, was die Auswahl der potenziellen Standorte stark einschränkt.

Kernkraftwerke besitzen diesbezüglich einen entscheidenden Vorteil, ist doch ihre Akzeptanz in der Bevölkerung an den bestehenden Stand-

orten erwiesenermassen hoch. Bei Volksabstimmungen haben sich gerade die Standortgemeinden wiederholt zur Kernenergie bekannt, zuletzt am 18. Mai 2003 im Zusammenhang mit den Volksinitiativen «Strom ohne Atom» und «Moratorium Plus»: Der Bezirk Zurzach, auf dessen Gebiet die Werke Leibstadt und Beznau sowie die Zwilag (Zwischenlager Würenlingen AG) liegen, verwarf die beiden Initiativen mit 85% bzw. 79%. Dies Zahlen liegen etwa 20% über dem nationalen Durchschnitt von 66% bzw. 58%. Die deutlichste Ablehnung erfuhren die Initiativen mit 96% bzw. 91% Nein-Stimmen beziehungsweise in der Standortgemeinde Leibstadt.

Generell zeigen die Kernenergie-relevanten Abstimmungsergebnisse der letzten 15 Jahre, dass in den Standortkantonen Aargau und Solothurn die Zustimmung zur Kernkraft sinkt, je grösser die Distanz zu den Standorten wird. Die in unmittelbarer Nähe zu Kernkraftwerken wohnende Bevölkerung hat eine hohe Akzeptanz für die Kernenergie entwickelt. Die Forderung nach dem Bau von neuen Atommeilern als Ersatz für die auslaufenden Reaktoren an den bestehenden Standorten ist deshalb naheliegend. Eine Verlagerung auf neue Standorte scheint dagegen mindestens so unrealistisch wie die Möglichkeit, Baubewilligungen für Gaskombi-Kraftwerke innert einer zumutbaren Frist zu erhalten. Eine rechtzeitige Realisierung sollte das Anfang dieses Jahres in Kraft getretene Kernkraftgesetz ermöglichen, welches das Bewilligungsverfahren klar regelt und ein fakultatives Referendum vorsieht. Vorsichtig gerechnet sollte ein Zeitraum von fünf Jahren bis zum Grundsatzentscheid über ein Projekt ausreichen; nach der Erteilung einer Rahmenbewilligung wären rund zehn Jahre für die Realisierung eines neuen Kernkraftwerkes nötig.

Entsorgungsfrage hat Priorität

Kernkraftwerke erleben derzeit weltweit eine Renaissance, in der Schweiz decken sie heute 40% des Energiebedarfs. Vorbehalte liegen vor allem in der Angst vor einer Verstrahlung nach Pannen und im ungelösten Entsorgungsproblem begründet. Während erstgenannte Vorbehalte von den neuen Meilern der dritten Generation dank höheren Sicherheitsstandards ausgeräumt werden können, ist die Entsorgungsfrage weiterhin ungelöst. Im Hinblick auf das Jahr 2020 muss dieser Frage deshalb Priorität eingeräumt werden. Der Stromverbrauch wird nämlich weiter steigen, das Stromsparen interessiert die Bevölkerung (zu) wenig, und die regenerativen Energien vermögen selbst langfristig nur einen Bruchteil des Bedarfs zu decken.

Auf die Kernenergie kann deshalb über das Jahr 2020 hinaus nicht verzichtet werden. Kernkraftwerke produzieren Tag und Nacht die gleiche Menge Strom und zeichnen sich durch eine beispielhaft hohe Verfügbarkeit aus. Ausserdem produzieren sie billiger (4 Rp. bis 5 Rp. pro Kilowattstunde), was auf eine verhältnismässig kurze Bau-

zeit, die standardisierte Konstruktion und eine längere Betriebszeit zurückzuführen ist.

* Der Verfasser ist FDP-Grossrat des Kantons Aargau, Präsident des Energieforums Nordwestschweiz und Partner der Farner Consulting AG.